



Sachantrag zur 8. Sitzung des Studierendenparlaments (08.09.2026)

Mit ziviler Wissenschaft die Zukunft gestalten – in Kassel und bundesweit!

Antragssteller*innen: Sozialistisch Demokratischer Studierendenverband (DieLinke.SDS)

Das Studierendenparlament möge beschließen:

“Es sieht so aus, als hätte der erwartbare Aufschrei des organisierten Pazifismus die Senatoren am Donnerstag zunächst davon abgehalten, die Präambel der Grundordnung in diesem Sinn zu korrigieren - obwohl ein entsprechender Vorschlag auf dem Tisch lag. Das Argument der GEW, eine solche Änderung müsse sorgfältig abgewogen werden, ist absurd: Welche fein ziselierten Gedankengänge braucht es gut vier Jahre nach Beginn des Großangriffs auf die Ukraine noch, um zu begreifen, was die Stunde geschlagen hat?

Dass sich Gewerkschafter im Kampf gegen die Verteidigungsforschung mit (nicht nur linken) Friedensschwurblern und Putin-Propagandisten gemein machen, ist besonders ärgerlich.”
Sascha Zoske, F.A.Z., 03.07.2026

Der Krieg bleibt ein Verbrechen an der Menschheit, trotz aller Verkündungen seitens Bundesregierung, Kapitalseite und medialen Meinungsmachern, dass er in Gegnerschaft “zum Russen” gerechtfertigt sei und vorbereitet werden müsse.

Kassel hat historisch die Folgen dieses Verbrechens in voller Wucht zu spüren bekommen: 1943 wurde die Stadt aufgrund ihrer Funktion als Rüstungsstandort für die Nazis im Bombenhagel weitgehend zerstört. Heute wollen Bund, Land und Rüstungsindustrie sie unter dem Vorzeichen der “Zeitenwende” erneut zur Rüstungshochburg verunstalten. Dazu gehören auch die Hochschulen, als potentielle Zulieferer “erfinderischer Zwerge” (Brecht) für technische Entwicklung sowie als ideologische Rechtfertiger der “Kriegsertüchtigung”. Boris Pistorius persönlich forderte bei einem Besuch des örtlichen KNDS-Werks die Abschaffung der Zivilklausel an der Uni Kassel.

Zuvor sollte der Senat über die Abschaffung der Zivilklausel abstimmen – und hatte ihre Entscheidung vertagt. Direktes Resultat von Protest, der maßgeblich von Studierenden organisiert wurde. Im Oktober findet nun eine studentische Urabstimmung für die Erhaltung der Zivilklausel statt und damit eine tatsächlich demokratische Entscheidung gegenüber der

Hinterzimmerkultur des Senats. Das frustriert Regierung und Kapital. Und lässt den "Kriegsertüchtigungs"-Minister höchstpersönlich einschreiten.

Die Urabstimmung hat weitreichende Bedeutung für alle Hochschulen in der Bundesrepublik. Die Kasseler Zivilklausel ist sozialer Gegenentwurf zum militaristischen Umbau eines Industriestandortes, der aufgrund bewusst verfehlter sozial-ökologischer Transformation nun in einer tiefen Krise steckt. Sie ist Blaupause für eine zivile, soziale Zukunft und manifester Anspruch der Hochschulangehörigen in demokratischer Selbstbestimmtheit, frei von Zwängen der Rüstungsindustrie für die Erfüllung der Nachhaltigkeitsziele der UN zu wirken. Ihre Erhaltung und Erweiterung ist damit anregend für alle Hochschulangehörigen, die wissenschaftliche und menschenwürdige Gestaltung der Zukunft in die eigene Hand zu nehmen!

Nicht zuletzt setzt die Urabstimmung ein unmissverständliches Zeichen für die Aufnahme einer Zivilklausel in das hessische Hochschulgesetz, dessen Novellierung nun ansteht. Dieses Anliegen unterstützt das Studierendenparlament ausdrücklich!

Vor diesem Hintergrund unterstützt der AStA der Uni Frankfurt die Aktionswoche der Kasseler Initiative "[Zivilklausel Bleibt](#)", welche vom 19.-23. Oktober im Rahmen der Urabstimmung stattfindet. Er bekundet seine Solidarität mit der Aktionswoche durch eine Pressemitteilung, teilt entsprechendes Material der Initiative über die gängigen Social-Media-Kanäle und ruft zur solidarischen Teilnahme auf.